

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementpreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst, Frauenwelt und Jugend einschließlich Dringens 80 Pf. Vierteljährlich 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 3.—. Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Wettinerplatz 10. Tel. 26261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Expedition: Wettinerplatz 10. Tel. 26261. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Insensuraten werden bei 60 Pfennig Zeitzeile mit 20 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung nach Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 25 Pf. Inserate müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im Voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 247.

Dresden, Donnerstag den 23. Oktober 1913.

24. Jahrg.

In einem Interview hat Staatssekretär von Tirpitz erklärt, daß in der Frage des deutschen Flottenbaues alles beim Alten bleibt. Der Prozeß gegen den Bureauvorsteher Brandt und den Gruppen-Direktor Eccius hat heute in Berlin begonnen.

In Stolp in Pommern wurde ein Arbeiter zu zwei Jahren Zuchthaus verurteilt, weil er Arbeitswilligen ein paar pauschale Löhne verabschiedete.

Die Nationalzeitung meldet, daß der österreichische Konsul in New York nach Amerika mit russischem Geld unterrichtet worden sei.

Der zum Tode verurteilte Mörder Kunschak wurde vom Kaiserlichen Kaiser begnadigt und darauf zu 20 Jahren zehner Kerker verurteilt.

In einer Kohlengrube in Neu-Mexiko wurden 200 Bergleute verhaftet.

Tirpitz gegen Churchill.

Der Patriotenpresse ist großes Heil widerfahren, weil — wie es die Deutsche Tageszeitung ausdrückt — Großadmiral von Tirpitz mit Klarheit und Bestimmtheit die allgemeinen Grundsätze der deutschen Flottenpolitik dargelegt habe. Und zwar in einer Unterredung, die der Berliner Korrespondent der Daily Chronicle mit dem deutschen Flottenchef hatte. Tirpitz erklärte dabei:

Niemals hätte im deutschen Programm irgendeine Beschränkung festgelegt worden. Es sei vielmehr mit größter Regelmäßigkeit auszuführen. Das werde auch in Zukunft so sein. Niemals sei dem regulären Programm etwas hinzugefügt worden. Die deutsche Marine verfolge absolut nur Verteidigungszwecke und solle die Sicherheit des Reiches gewährleisten. Tirpitz könne nicht einsehen, warum es Deutschland verweigert werden sollte, seine Stimme im Rat der Völker zu erheben. Ein Anstreben nach seitens Deutschlands sei undenkbar. Die Marine werde den Forderungen der Politik gemäß ausgebaut werden und habe eine schwere Aufgabe vor sich angefaßt der Entwicklung der Flotte in der Ostsee und anderswo. Er frage sich vergeblich, warum die deutsche Marine besonders als Gefahr oder Drohung angesehen werde.

Diese Ansicht des Staatssekretärs des Reichsmarineministeriums dürfte auch jetzt noch die Ansicht der Regierung sein. Das wird auch klar aus der schon gestern berichteten Meldung der Allg. Ztg., nach welcher wiederum die deutsche Regierung Churchills Vorschlag ablehnen wird.

In der chauvinistischen Presse beider Länder begegnete der Churchill'sche Vorschlag dem nämlichen Hebelmollen wie die anderen zuvor. Aber auch in der zu einer phrasenreichen Freundschaft sich bekennenden liberalen Presse in Deutschland wird keineswegs mit besonderer Fremdbigkeit dem Vorschlag zugestimmt. Von dieser Seite wurde Churchill ein Vorwurf daraus gemacht, daß er, anstatt den Vorschlag auf dem üblichen diplomatischen Wege an die deutsche Regierung zu bringen, ihn in der Öffentlichkeit, und sogar in einer Volksversammlung, vorgebracht habe. Solche Aufgeknüppeltheit ist gewiss ein Vorwurf, das ein tüchtiger deutscher Bureaufunktionär wie Tirpitz zu schämen können lassen. Daß aber auch liberale Zeitungsredakteure in das burenautokratische Horn hineinrufen, ist nur ein Beweis dafür, wie wenig sie trotz allem liberalen Geistes in den Geist der Selbstregierung eingedrungen sind. Herrn Churchills Vorgehen richtig zu verstehen, muß man sich einmal ein Stück Vorgeschichte ins Gedächtnis zurückrufen.

Karl Marx und Friedrich Engels in ihren Briefen.

2. Die Revolution von oben
Das Jahr 1859 eröffnete die neue revolutionäre Periode, die in dem russisch-türkischen Krieg von 1878/79 ihren Abschluß fand. Auf allen Erdteilen spielten sich Vorgänge von der größten weltgeschichtlichen Bedeutung ab.

In Preußen begann die „liberale Ära“ mit dem kurzen Reich und dem langen Kabinettsminister des Verfassungskonflikts wegen der Militärreform. Die Kriege von 1864, 1866 und 1870/71 führten die „Einigung Deutschlands“ endlich herbei. Italien gelang durch den Krieg von 1859 und den glänzenden Zug Garibaldis 1860 zur nationalen Einheit. In Frankreich wurde die Herrschaft des kleinen Napoleon unterwühlt und die Macht des politischen Abenteuerers nach bei Sedan zusammen. Selbst Österreich und Rußland mußten sich wandeln, und im konservativen England wurde eine Erweiterung des Wahlrechts Ende der 60er Jahre durchgeführt.

Die Vereinigten Staaten von Nordamerika erfüllte der dreijährige Bürgerkrieg zwischen den Sklavereianhängern des Südens und den Farmern und Kaufleuten des Nordens. In den Vereinigten Staaten wurde die englische Herrschaft in Indien durch den Aufstand der einheimischen Truppen zeitweilig in Frage gestellt, und der chinesische Krieg, der zur Eroberung Pekings durch Engländer und Japaner führte, brachte die Erschütterung des Reiches der Mitte zum Ausdruck. Endlich drang Rußland langsam, aber in Zentralkasien vor.

Aus der Vielzahl dieser großen geschichtlichen Ereignisse läßt sich die Fülle der Anregungen erkennen, welche die Briefe von Marx und Engels aus den 60er Jahren enthalten. Von ganz besonderem Interesse ist natürlich ihre Stellung zu der wieder erwachenden

Als im Jahre 1909 die englische Regierung zum ersten Male zu einer solchen Anregung sich entschloß, beschränkte sie sich auf den diplomatischen Weg. Sie beobachtete sogar so weit die übliche Form, daß sie nicht direkt einen Vorschlag der deutschen Regierung unterbreitete, sondern erst durch verbindliche Fragen in Berlin auf den Fuß des Kopfes ließ, ob eine solche ernsthaft ergehende Anregung denn eigentlich willkommen sein würde. Die übliche Aufnahme, die diese Anfrage fand, veranlaßte die englische Regierung, von weiteren Schritten Abstand zu nehmen. Als sie dann aber im englischen Unterhause gefragt wurde, weshalb kein Abkommen mit Deutschland zur Abstützung der deutschen Regierung möglich sei, erwiderte der Premierminister Asquith, daß alle Anregungen ähnlicher Art an der Ablehnung der deutschen Regierung ergebnislos abgefallen seien.

In Deutschland kostete es den sozialdemokratischen Abgeordneten große Mühe, die deutsche Regierung gleichfalls zum Sprechen zu bringen. Wilson und Tirpitz verweigerten ihre ablehnende Haltung hinter dem fadenheiligen Vorwand, daß das Deutsche Reich ganz ohne Rücksicht auf die Forderungen anderer Staaten seine eignen Rüstungen auch nur nach eigenem Bedarf einrichte. Die bürgerliche Mehrheit des Reichstages stimmte dem Hindernis zu.

Aber die gegenseitige Einschränkung der Seerüstungen war nun einmal zum Gegenstand öffentlicher Erörterungen gemacht, und trotz des Befehles der Rüstungsintendanten gewann durch die öffentliche Erörterung der Gedanke Boden auch in Deutschland und zwar so weit, daß auch die Reichsregierung sich ihm nicht mehr so völlig verschließen konnte wie zu Wilhelms Zeiten. Durch beharrliches Anbahnen brachten die sozialdemokratischen Vertreter in der Budgetkommission es aus dem Marineminister v. Tirpitz heraus, daß er die Herstellung eines Verhältnisses von zehn englischen zu sechs deutschen Kampfschiffen zur See für annehmbar halte.

Wenn nun Churchill jetzt wiederum mit dem direkten Vorschlag der „einjährigen Feiertage“ heraustritt, so ist es ganz verständlich, daß er verknüpft, den zuerst eingeschlagenen rein diplomatischen Weg zu betreten. Dieser Weg hat sich ja für die Förderung der Rüstungsbeschränkung als ungangbar erwiesen. Der Erfolg hat andererseits gelehrt, daß das direkte Hineinwerfen dieser Frage in die Öffentlichkeit das zweckmäßigste Mittel ist, um dafür Anhänger zu werben und so schließlich auch die deutsche Regierung auf den Weg ernstlicher Verhandlungen zu drängen, zu denen sie in der Dunkelkammer diplomatischer Geheimnisse sich nie verstehen würde.

Weshalb fordert nun die englische Regierung immer wieder die Einlegung einer maritimen Feiertage, oder anders ausgedrückt, die allseitige Minderung der Seerüstungen?

Ein großer Seerrieg, in dem England gegen Deutschland zu kämpfen hat, oder, wenn er einen weltumspannenden Umfang annimmt, in dem mehrere Mächte gegeneinander um die Herrschaft auf dem Meere ringen, würde, selbst wenn der Sieg schließlich sich auf die englische Seite neigen sollte, solch ungeheure Opfer an Gut und Blut dem britischen Reich auferlegen, daß jeder denkbare Siegespreis dagegen federleicht ins Gewicht fällt. Auch vom kapitalistischen und imperialistischen Standpunkt aus hat England mehr Interesse an der Aufrechterhaltung der bestehenden Zustände als an dessen Verrückung zu seinen Gunsten vermittels der unvermeidlichen riesigen Opfer. Deshalb ist England für den Frieden zur See und für den Beharrlichkeitszustand in der Rüstungsverteilung. Weil das dem englischen Eigeninteresse entspricht, braucht es aber noch lange nicht im Widerspruch zu stehen zu dem Eigen-

interesse des Deutschen Reichs, und zwar auch dann nicht, wenn man vom rein kapitalistischen Standpunkt aus die Frage stellt.

Diejenigen Kapitalisten und Unternehmer, die ein direktes Interesse an der Verrückung und damit auch an der periodischen Herstellung von Kriegsmaterial haben, sind doch nur äußerst gering an Zahl. Die große Masse der Unternehmer und Kapitalisten hat das Hauptinteresse an dauernder Bewertung ihrer Güter im Inland und Ausland. Der Imperialismus, der auf Eroberung fremder Länder oder doch auf die Ausdehnung eines direkten Herrschaftsinteresses über sie abzielt, geht von dem Gedanken aus, es sei notwendig, auf diese Weise durch Anwendung staatlicher Machtmittel monopolistische Ausbeutungssphäre im Ausland für die heimischen Kapitalisten herzustellen. Wäre aber in allen Ländern der Welt, auch in den Kolonialgebieten, den kapitalistischen Unternehmern aller Länder die gleiche Betätigungsmöglichkeit gewährleistet, so würde jener Antrieb zur Unterwerfung auswärtiger Gebiete mit Waffengewalt für unsere heimischen Kapitalisten völlig zusammenschrumpfen. Im britischen Reich sind aber fremde Unternehmer weniger als sonst irgendwo in der Betätigung eingeschränkt. Immerhin ist auch dort die völlige internationale Betätigungsfreiheit nicht gewährleistet.

Um den Frieden zur See dauernd zu sichern, müßte mit der Einführung der maritimen Feiertage die konsequente Durchführung des Gedankens der internationalen Handels- und Betätigungsfreiheit Hand in Hand gehen. Die richtige Antwort Deutschlands auf das englische Angebot der maritimen Feiertage zur Begrenzung der Seerüstungen wäre also die Aufhebung, bezogen mit dem Deutschen Reich in der ganzen Welt dem Grundsatz der Handels- und Betätigungsfreiheit Anerkennung zu verschaffen, vor allem aber in den eignen Herrschaftsgebieten mit gutem Beispiel voranzugehen. Es müßten dann also z. B. die australischen und sonstigen kolonialen Vorzugszölle zugunsten Englands aufgehoben werden und in allen Verträgen, die Deutschland oder England mit fremden Mächten abschließen, die ausgewirkten Vergünstigungen den Angehörigen aller derjenigen Staaten zugänglich gemacht werden, die bei sich die allgemeine internationale Handels- und Betätigungsfreiheit durchzuführen. So könnte der Weltfrieden gesichert und die Kriegsgefahr gebannt werden.

Vorläufig aber steht Tirpitz gegen Churchill, das heißt deutsch-militaristischer Bureaufunktionär gegen englische Fortschrittsgedanken.

Liberaler Zentrumsklaven.

Zum Ergebnis der badischen Wahlen.

Das Ergebnis des ersten Wahlganges bei den badischen Landtagswahlen erscheint nach den vollständig vorliegenden Meldungen etwas, aber nur sehr wenig günstiger, als es die ersten Wahlberichte erscheinen ließen. Zwar ist eine liberalkonservative Mehrheit im ersten Wahlgang noch nicht erreicht oder gesichert, doch die Gefahr, daß der zweite Wahlgang sie herbeiführen wird, ist äußerst groß, da die verbündeten Reformparteien nur noch wenige Mandate gewinnen müssen, um die Mehrheit in der Kammer zu besetzen. Selbst wenn aber der zweite Wahlgang nicht eine glatte konservativ-liberale Mehrheit bringen würde, so ist doch die Kraft der bisherigen „Linksmajorität“ erschüttert, da diejenigen Nationalliberalen, die als Antiliberaler mit Zentrumsstütze gewählt wurden, Klaven

Die deutsch-österreichischen Provinzen werden diesem Reich übergeben in nicht gar langer Zeit auch auffallen, ferner Österreich jetzt unparisch werden muß und die Deutschen die dritte Nation im Reich werden — noch unter den Slaven

... Die Sache hat das Gute, daß sie die Situation vereinfacht, eine Revolution dadurch erleichtert, daß sie die Kräfte der kleinen Hauptstädte befreit und die Entwicklung jedenfalls beschleunigt. Am Ende ist doch ein deutsches Parlament ein ganz anderes Ding als eine preussische Kammer. Die ganze Reichspolitik wird in die Bewegung hineingerissen, die schlimmsten lokalisierten Einflüsse hören auf, und die Parteien werden endlich wirklich nationale, statt bloß lokale.

Der Hauptnachteil ist die unvermeidliche Überfüllung Deutschlands durch das Preußentum, und das ist ein sehr großer. Denn die momentane Abtrennung Deutsch-Oesterreichs, die ein sofortiges Vordringen des Slawischen in Böhmen, Mähren, Karnten zur Folge haben wird. Wegen beides ist leider nichts zu machen.

Wir können also meiner Ansicht nach gar nichts anderes tun, als das Postum einfach akzeptieren, ohne es zu billigen, und die sich jetzt jedenfalls darbieten müßenden früheren Agilitäten (Erleichterungen) zur nationalen Organisation und Vereinigung des deutschen Proletariats benutzen, soweit wir können.

Die hier gemachten Voraussetzungen von Engels sind durch die Geschichte bestätigt, ausgenommen der baldige Anstoß von Deutsch-Oesterreich an Deutschland und die Vordringung einer baldigen proletarischen Revolution. Den letzteren Punkt hat Engels selbst berichtigt in seinem Wortwort zu „Die Klassenkämpfe in Frankreich“, das 1895 geschrieben wurde. Engels sagt dort:

„Die Geschichte hat uns allen, die ähulich dachten, unrecht gegeben. Sie hat klar gemacht, daß der Stand der ökonomischen Entwicklung auf dem Kontinent damals noch bei weitem nicht reif war für die Beseitigung der kapitalistischen Produktion; sie hat dies bewiesen durch die ökonomische Revolution, die seit 1848 den ganzen Kontinent ergriffen und die große Industrie in Frankreich, Oesterreich, Ungarn, Polen und neuerdings Rußland erst wirklich